Antragsgegner: Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt T. Bontinck sowie Rechtsanwältinnen A. Guillerme und T. Payan)

Gegenstand

Antrag nach den Art. 278 und 279 AEUV zum einen auf Aussetzung der Vollziehung der Maßnahme des geschäftsführenden Ausschusses des Cedefop, die Entschließung seines geschäftsführenden Direktors zu unterstützen, die Stelle eines internen juristischen Beraters wieder einzurichten und ein Auswahlverfahren einzuleiten, und zum anderen auf Anordnung an das Cedefop, eine zur Wiedereingliederung der Klägerin auf eine Stelle als juristischer Berater geeignete Stelle für einen Bediensteten auf Zeit der Besoldungsgruppe AD freizuhalten

Tenor

1. Der Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz wird zurückgewiesen.
2. Die Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Klage, eingereicht am 19. Oktober 2021 — XH/Kommission

(Rechtssache T-613/21)

(2022/C 37/47)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: XH (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin E. Auleytner)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die Entscheidung vom 4. Dezember 2020 über die Ablehnung des Antrags der Klägerin auf Beistand und die Entscheidung der Anstellungsbehörde in Erledigung der von der Klägerin eingereichten Beschwerde aufzuheben;
- die Entscheidung vom 26. Mai 2021 über die Einleitung eines Invaliditätsverfahrens und die Entscheidung der Anstellungsbehörde in Erledigung der von der Klägerin eingereichten Beschwerde aufzuheben;
- der Klägerin eine Entschädigung für Verlust und Schaden zu leisten;
- der Beklagten alle Kosten und Auslagen aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klage wird auf vier Gründe gestützt:

1. Es liege ein Rechtsfehler sowie eine Unregelmäßigkeit des angefochtenen Verfahrens vor: Verstoß gegen die Art. 12a und 24 des Beamtenstatuts im Lichte von Art. 7 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere Verstoß gegen die Fürsorgepflicht und den in Art. 41 der Charta normierten Grundsatz der guten Verwaltung.
2. Es liege insoweit ein Verstoß gegen die Art. 12a, 24 und 59 bis 60 des Beamtenstatuts vor, als offensichtlich unerreichbare Ziele gesetzt worden seien, wodurch von der Klägerin verlangt worden sei, während ihres Krankheitsurlaubs zu arbeiten, in dem sie zu 100 % arbeitsunfähig gewesen sei.

3. Es liege ein Verstoß gegen Art. 59 des Beamtenstatuts im Licht von dessen Art. 12a und 24 vor — Einleitung des Invalideitsverfahrens ohne die erforderliche Menge an Krankheitsurlaub zum Zeitpunkt der Einleitung.
4. Es liege ein Verstoß gegen die Art. 7 und 8 der Charta der Grundrechte vor.

Klage, eingereicht am 4. Oktober 2021 — Pharmadom/EUIPO — Wellbe Pharmaceuticals (WellBe PHARMACEUTICALS)

(Rechtssache T-644/21)

(2022/C 37/48)

Sprache der Klageschrift: Englisch

Parteien

Klägerin: Pharmadom (Boulogne-Billancourt, Frankreich) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin M-P. Dauquaire)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Wellbe Pharmaceuticals S.A. (Warschau, Polen)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Anmelderin der streitigen Marke: Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer.

Streitige Marke: Anmeldung der Unionsbildmarke WellBe PHARMACEUTICALS — Anmeldung Nr. 17 151 176.

Verfahren vor dem EUIPO: Widerspruchsverfahren.

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Fünften Beschwerdekammer des EUIPO vom 12. Juli 2021 in der Sache R 1423/2020-5.

Anträge

Die Klägerin beantragt,

— die angefochtene Entscheidung aufzuheben.

Angeführter Klagegrund

Verstoß gegen Art. 8 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates.

Klage, eingereicht am 19. Oktober 2021 — ClientEarth/Rat

(Rechtssache T-682/21)

(2022/C 37/49)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: ClientEarth AISBL (Brüssel, Belgien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte O. Brouwer, B. Verheijen und T. van Helfteren)

Beklagter: Rat der Europäischen Union